CDU BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN FLN FDP Die Liberalen

Positionspapier zum **Kommunalen Schutzschirm.**

Nauheim, den 07. November 2012

Die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FLN, sowie die FDP möchten mit dieser gemeinsamen Stellungnahme ihre Position zum Kommunalen Schutzschirm und dem kommenden Haushalt der Gemeinde Nauheim festlegen.

Wie Sie alle wissen, lebt die Gemeinde Nauheim bereits seit mehreren Jahren über ihre Verhältnisse. D.h., die Ausgaben übersteigen deutlich die Einnahmen. So beträgt die derzeitige Pro-Kopf-Verschuldung in Nauheim 2020,- € und das Pro-Kopf-Defizit 200,- €. Die Probleme sind zum Teil selbstverschuldet und resultieren aus Entscheidungen der Vergangenheit. Ein großer Teil ist äußeren Einflüssen und gesetzlichen Grundlagen geschuldet, welche der Gemeinde auferlegt wurden. Beispielhaft sind hier die Erhöhung der Kreisumlagen, der unzureichende Mittelfluss aus dem kommunalen Finanzausgleich, aber auch die Kindergartenplatzgarantien und erhöhten Mindestverordnungen genannt. Eine Entschuldung ist zwingend angebracht und die Ausarbeitung eines Maßnahmenpakets unausweichlich.

Ohne die Einleitung von Maßnahmen ist eine Besserung der Haushaltslage in den kommenden Jahren nicht in Sicht. Die Kassenkredite liegen z.Zt. bei 6 Mio. Euro. Nach dem Ergebnishaushalt 2012 weist der Haushalt einen weiteren Fehlbedarf von 2.6 Mio. aus. Darin enthalten ist allein eine jährliche Zinsbelastung von ca. 450.000 Euro.

Ohne energisches gemeinsames Einschreiten sehen die Aussichten für die kommenden Jahre nicht rosig aus, hier muss mit einem weiteren Defizit gerechnet werden, da sich weiterhin in vielen Bereichen die Einnahmen mit den Ausgaben nicht mehr decken.

Die Ursachen für die Haushaltsprobleme liegen in erster Linie in der Vergangenheit, z.B. durch Anforderungen hoher Standards im Bereich der Eigenkontrollverordnung (EKVO) oder der Mindestverordnung für den Kindergartenbetrieb. Dazu kommt, dass die aufgelaufenen Verbindlichkeiten und die daraus resultierenden Zinszahlungen auch in der Zukunft Jahr für Jahr unseren Haushalt belasten und somit den notwendigen Ausgleich erschweren.

Deshalb haben sich alle Fraktionen in der Gemeindevertretung intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Gemeinde unter den kommunalen Schutzschirm des Landes Hessen treten soll. Es fanden mehrere interfraktionelle Sitzungen statt, um eine gemeinsame Vorgehensweise und einen von allen akzeptierbaren Weg zur Konsolidierung der Finanzen der Gemeinde zu finden. Dabei haben sich alle Fraktionen auf einen Maßnahmenkatalog geeinigt, der am 21. Juni 2012 mit dem unverbindlichen Antrag auf Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm beim Hessischen Ministerium für Finanzen eingereicht wurde.

Unter den bislang bekannten Rahmenbedingungen haben bereits erste Gespräche mit dem Hessischen Ministerium der Finanzen über den von Nauheim eingereichten Maßnahmenkatalog stattgefunden. Die Aussichten, dass Nauheim die Forderungen des Rettungsschirms erfüllt, sind gut.

Bei den nun festgelegten Maßnahmen haben wir uns auf einen Maßnahmenmix einigen können, der Ausgabenkürzungen einerseits, aber auch Einnahmesteigerungen andererseits beinhaltet. Die Frage, der wir uns alle stellen müssen ist:

Wie können wir die an die Gemeinde gestellten Erwartungen und Anforderungen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erfüllen? Wie viel Gemeinde wollen wir uns leisten? Wir wollen möglichst viele Leistungen erhalten, müssen dafür aber auch Kompromisse eingehen.

Wenn wir es nicht schaffen „Tabuthemen" wie Personalkostenoptimierung, kritischer Umgang mit übertragenen Aufgaben, Reduktion der freiwilligen Leistungen und auch Gebühren- und/oder Steuererhöhungen anzugehen und in vertretbarem Rahmen umzusetzen, droht uns der Verlust der Handlungsfähigkeit und der kommunalen Selbstverwaltung.

Nach der Überprüfung und Optimierung der Ausgabensituation der Gemeinde sind die effektivsten Vorschläge zur Konsolidierung der Gemeindefinanzierung in erster Linie, einige Steuern den üblichen Landesdurchschnitts-Sätzen anzupassen und die Gebühren kostendeckend zu erheben.

Um unseren Verpflichtungen nach einer auskömmlichen Finanzierung nachzukommen, ist es notwendig, nach geeigneten Mitteln und Wegen zu suchen und in unserem Fall kann der „Kommunale Schutzschirm" dazu eine Hilfestellung sein.

Der Schutzschirm soll als Konsolidierungshilfe, als Hilfe zur Selbsthilfe gesehen werden und als Chance, einen Neustart zu wagen. Nauheim braucht langfristig wieder einen eigenen finanziellen Gestaltungsspielraum.

Die von uns erarbeiteten Konsolidierungsmaßnahmen sehen im Einzelnen vor:

I. **Anpassung der Realsteuerhebesätze und Gebührensatzungen**

- Konsequente Einhaltung der angestrebten Kostendeckung in den Gebührensatzungen. D.h. Anpassung der Friedhofsgebühren, Abfallwirtschaft und Abwassergebühren, aber auch eine Anpassung der Einnahmen für die Kindergärten hinsichtlich der U3-Plätze
- Erhöhung der Gewerbesteuer auf 380 v. H. (derzeit 350 v. H.)
- Erhöhung der Grundsteuer A auf 340 v. H. (derzeit 300 v. H.)
- Erhöhung der Grundsteuer B auf 320 v. H. (derzeit 290 v. H.)

II. **Verzicht auf wünschenswerte aber nicht zwingend notwendige finanzintensive Maßnahmen wie:**

- Bau eines Verkehrskreisels Königstädten/Nauheim
- Bauliche Erweiterung der Parkfläche am Friedhof
- Umgestaltung von asphaltierten Gehwegen bei denen nicht sowieso bauliche Maßnahmen durchgeführt werden
- Ampelanlage Schillerstraße/Unter der Muschel (wird abgebaut)

III. Intensivierung der Bemühungen zur Kostenreduzierung durch:

- Ausbau der Interkommunalen Zusammenarbeit
- Nutzung der Möglichkeiten eines steuerlichen Querverbundes
- Optimierung der Nutzung von Fördermöglichkeiten
- zusätzliche Ansiedlung von Gewerbebetrieben

Wir können es uns nicht leisten auf den Entschuldungsbetrag von bis zu 5.8 Mio. aus Landesmitteln zu verzichten. Allein der Wegfall der Tilgungslast und eines Teils der Zinsen für diese Summe bringt uns dem Ziel, in absehbarer Zukunft wieder einen Haushalt zu haben, bei dem die Ausgaben die Einnahmen nicht mehr übersteigen, wesentlich näher.

Damit leistet die Gemeinde Nauheim ihren Beitrag für eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik.

Wir werden vor diesem Hintergrund die in dem Arbeitskreis „Kommunaler Schutzschirm" von den Fraktionen erarbeitenden und vorgeschlagenen Maßnahmen umsetzen und dem Beitritt zum Rettungsschirm zustimmen.

CDU | Bündnis90/Die Grünen | FLN | FDP